

Marxistische Zeitung für Arbeiter/-innen und Jugendliche

Infodienst Nr. 19

8/93

Krise des EWS

Wechselkurs-Schwankungen beeinträchtigen den internationalen Handel. Dies gilt besonders bei engen Handelsverflechtungen wie in Europa. Während in den USA ein einheitlicher Binnenmarkt mit einheitlicher Währung vorhanden ist, ist Europa von nationalstaatlichen Grenzen durchzogen, und damit auch mit verschiedenen Währungen geschlagen. Währungsschwankungen machen Export- und Importpreise für die Wirtschaft schwerer berechenbar. Laut EG-Kommission entstehen den Unternehmen in der EG jährlich 30 Mrd. DM Unkosten durch Währungsschwankungen.

Deswegen gibt es immer wieder den Versuch, ein System von einigermaßen berechenbaren und möglichst festen Wechselkursen zu etablieren. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde - unter der absoluten Vorherrschaft der US-Wirtschaft - im Abkommen von Bretton Woods ein festes internationales Wechselkurssystem mit dem Dollar als Leitwährung etabliert, das bis Anfang der 70er Jahre hielt.

Hintergrund

Die grundlegende Bewertung einer Währung auf den internationalen Devisenmärkten hängt ab von der Einschätzung der Wirtschaftskraft des betreffenden Landes.

Weitere Faktoren kommen hinzu. Z.B. das Zinsniveau eines Landes. Wenn es hoch ist, legen Kapitalanleger ihr Geld dort an, d.h. tauschen es in die entsprechende Währung um: die Devisenkurse steigen. Wenn es ein Gefälle zwischen Währungen gibt - was immer der Fall ist, wo keine starren Wechselkurse fixiert sind - werden die Differenzen für Spekulationsgewinne genutzt.

Solche zweitrangigen bzw. abgeleiteten Faktoren können die Wechselkurse eine Zeitlang bestimmen, letztendlich setzen sich aber die realwirtschaftlichen Daten früher oder später durch.

Wenn festgesetzte Wechselparitäten nicht mehr der realen Wirtschaftskraft des Landes entsprechen, ist die Währung über- oder unterbewertet, und müßte entsprechend auf- oder abgewertet werden. Wenn die Kurse durch politische Entscheidung festgelegt werden, setzt die Regierung per Abkommen mit anderen Regierungen die Kurse neu fest (bilateral oder multilateral). Wenn die Kurse entsprechend den Transaktionen am Devisenmarkt frei gleiten

(sog. "floaten"), dann wird der jeweilige Wechselkurs durch Handel am Devisenmarkt immer wieder neu ermittelt.

Wenn die Währung eines Landes aufgewertet wird, dann verteuern sich die Produkte dieses Land auf den internationalen Märkten, denn ausländische Käufer müssen mehr Geld in ihrer Währung aufwenden, um diese Produkte zu kaufen. Gleichzeitig verbilligen sich die Importe in dieses Land, denn mit der aufgewerteten Währung kann man mehr Importprodukte einkaufen.

Umgekehrt ist es bei einer Abwertung: sie verbilligt die eigenen Exporte, verteuert aber die Importe. Die Exportwirtschaft wünscht sich also Abwertungen, da sie damit auf den internationalen Märkten billiger und konkurrenzfähiger ist. Deshalb gibt es in wirtschaftlich problematischen Zeiten manchmal Abwertungs-Wettläufe zwischen Ländern, um der eigenen Wirtschaft einen Konkurrenz-Vorteil auf dem Weltmarkt zu verschaffen.

Auf dem Binnenmarkt ist die Auswirkung einer Abwertung unterschiedlich: In manchen Bereichen verbessert sich die Wettbewerbsposition, da die Importe teurer werden und weniger konkurrenzfähig sind. Wenn es allerdings um dringend benötigte Importgüter geht, die nicht im eigenen Land hergestellt oder gefördert werden, so ist die Verteuerung der Importe natürlich eine unerwünschte Auswirkung. Mit einer Abwertung der DM würde sich die Importrechnung für viele Rohstoffe wie Öl etc., die meist in Dollar abgerechnet werden, verteuern.

Da mit einer Abwertung die Kaufkraft einer Währung sinkt, hat sie auch sozial und politisch unerwünschte Auswirkungen: Preissteigerung im Inland (durch Verteuerung von Importen, oder auch einzuführenden Rohstoffen und Vorprodukten), politischer Prestigeverlust, da eine "wache" Währung auch auf geringere Wirtschaftskraft schließen lassen könnte.

Auf- und Abwertungen haben also verschiedene und teils widersprüchliche Auswirkungen auf verschiedene Bereiche oder Aspekte einer Volkswirtschaft. Währungspolitik ist insgesamt ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument.

Das internationale Währungsgefüge der Nachkriegszeit von Bretton Woods brach Anfang der 70er Jahre zusammen, weil sich die wirtschaftlichen Gewichte in den Aufschwungjahrzehnten verschoben hatten. Deutschland und

Japan hatten aufgeholt, der Dollar war überbewertet.

Danach gab es eine Zeitlang ein freies floaten der Wechselkurse.

1972 wurde in den EWG-Ländern die sog. "Währungsschlange" eingerichtet, d.h. die beteiligten Währungen durften nur in bestimmten Bandbreiten um einen mittleren Kurs schwanken. Mit Einbruch der ersten internationalen synchronen Rezession der Nachkriegszeit 1974 brach aber auch dieses Abkommen auseinander. Übrig blieb für einige Jahre ein kleiner Währungsverbund besonders eng miteinander verflochtener Volkswirtschaften, nämlich der BRD plus Satelliten-Währungen: DM, Benelux, Dänemark.

Was ist das EWS?

Erst 1979 kam mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) wieder eine neue Übereinkunft über die Wechselkurse zustande, die sogar die Weltwirtschaftskrise von 79-82, wenn auch nur knapp, überstand.

Im EWS wurden die Kurse in feste Bandbreiten zu einem Leitkurs gesetzt. Der Leitkurs ist der ECU, eine Korbwährung, die sich aus allen Währungen der Mitgliedsstaaten zusammensetzt. Diese Währungen sind je nach Wirtschaftskraft "gewichtet". Die BRD hat das wirtschaftlich größte Gewicht, darum geht auch die DM mit etwa 1/3 in den ECU-Leitkurs ein und wird oft als "Ankerwährung" bezeichnet. (siehe Tabelle) Alle 5 Jahre wird die Gewichtung der einzelnen Währungen überprüft, zuletzt vor der Krise 1989.

Um den so ermittelten Leitkurs dürfen die einzelnen Währungen um je 2,25% nach oben und unten abweichen. Bei Überschreitung dieser Schwankungsbreite müssen die Zentralbanken eingreifen, indem sie entweder die betreffende Währung aufkaufen oder abstoßen, je nachdem, ob der Kurs gestärkt oder gedrückt werden soll.

Bei den sog. Weichwährungen galt eine Schwankungsbreite von +/-6%

Dies betraf früher die italienische Lira, die oft schwach notierte, und auch das britische Pfund nach dem EWS-Beltritt. Zuletzt waren Portugal und Spanien die Weichwährungen, für die größere Bandbreiten vereinbart waren. Griechenland gehört dem EWS nicht an; als vorletztes EG-Land war Portugal im April 92 beigetreten.

Wenn trotz Intervention der Zentralbanken die vereinbarten Währungs-Paritäten nicht gehalten werden können, müssen Neufestsetzungen der Paritäten (Auf- und Abwertungen) erfolgen, sog. "Realignments". Zwischen 1979 und 87 gab es 11 solcher Realignments.

Zwischen 1987-92 war das EWS 5 Jahre lang relativ stabil, es gab keine größeren Krisen oder Realignments. Der Grund dafür war der Boom, der sich in die zweite Hälfte der 80er Jahre hinein verlängerte, und die niedrigen Rohstoffpreise, die zu geringen Preiserhöhungen in den Industrieländern beitrugen.

Doch im September 1992 kam es im Gefolge der verschlechterten wirtschaftlichen Lage in Europa zu größeren Krisen. Das britische Pfund und die italienische Lira konnten trotz massiver Interventionen den Kurs nicht halten und stiegen - angeblich zeitweilig - aus dem EWS aus; die spa-

nische Peseta wurde um -5% abgewertet. Weitere Turbulenzen folgten. Im November 92 wurden weitere Neufestsetzungen nötig: Peseta und Escudo wurden um je -6%, im Januar 93 irisches Punt um -10% abgewertet.

Die Währungskrise hatte auch Auswirkungen auf Skandinavien. Denn Schweden, Norwegen und Finnland hatten seit 1990/91 ihre Währungen an den ECU gehängt. Sie versuchten, teils im Hinblick auf beantragte Aufnahme in die EG, ebenfalls die Bandbreiten des EWS einzuhalten. Dies konnte jedoch im Zuge der Krise nicht beibehalten werden. So wurde z.B. die Schwedenkrone de facto um 27% gegenüber der dänischen Krone abgewertet.

Wir hängt es mit Maastricht zusammen?

Durch die Jahre der relativen Stabilität des EWS wurden Unternehmer und Regierungen verleitet, energische Maßnahmen in Richtung ganz fester Wechselkurse und Einheitswährung einzuschlagen. Das EWS sollte die Vorstufe zu einer europäischen Währungsunion sein, die schließlich in die Schaffung einer europaweiten einheitlichen Währung münden sollte. Die Maastrichter Verträge legen den Zeitplan für die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und der Einheitswährung fest.

Die zweite Stufe der WWU sollte 1.1.94 beginnen: ein Europäisches Währungsinstitut (EWI) zur Vorbereitung der WWU und als Vorläufer der geplanten europäischen Zentralbank sollte eingerichtet werden. Das EWI ist im wesentlichen ein Ausschuss der Zentral- bzw. Notenbankpräsidenten, mit gewissem administrativem Unterbau. Der Ort für das EWI ist noch nicht entschieden.

Die Wechselkurse sollten ausnahmslos alle in der geringen Bandbreite von 2,25 festgesetzt, und dann zügig von dieser Bandbreite auf Null, also zu ganz festen Wechselkursen, geführt werden.

Spätestens 1997 sollte die nächste Stufe erklommen werden: "unwiderrufliche Festsetzung" fester Wechselkurse zwischen solchen Staaten, die die Kriterien zur Teilnahme an der WWU erfüllen, also ggfls. nicht alle Staaten. Die verschiedenen Kriterien können der beigefügten Tabelle entnommen werden. Darunter war auch eine Voraussetzung: 2 Jahre lang müssen unveränderte Wechselkurse gehalten worden sein. Das würde bedeuten, daß ab 1995 die Kurse fest beibehalten werden müßten.

Bis spätestens Mitte 1998 soll aus dem EWI eine europäische Zentralbank mit ähnlichen Befugnissen wie die Bundesbank hervorgehen. In der Endstufe soll ab 1999 die europäische Einheitswährung eingeführt werden.

Was wurde am 31.7./1.8.93 von den EG-Finanzministern entschieden?

Die Kurse dürfen um je 15% nach oben und unten vom Leitkurs abweichen, die Bandbreiten sind also erheblich erweitert worden.

Ausnahme: aufgrund bilateraler Abmachungen hält der niederländische Gulden die alte Parität zur DM.

Auch Dänemark und Belgien wollen engere Paritäten halten, geben aber nicht bekannt, welche (u.a. um der Spekulation keine neue Nahrung zu geben).

Zum Jahresende soll die Lage überprüft werden, mit dem Ziel, dann wieder zu engeren Bandbreiten zurückzukehren und wie geplant in die nächste Stufe der WWU einzustufen.

Was bedeuten diese Entscheidungen?

Bei kaum einem anderen Bereich fallen Realität und bürgerliche Propaganda so weit auseinander wie beim Thema Europa und Maastricht.

Die Finanzminister betonen, die Strukturen des EWS seien gerettet worden. Tatsächlich ist das EWS faktisch außer Kraft gesetzt. Bei 30% Schwankungsbreite braucht man gar kein Währungssystem. Denn der ganze Sinn von Wechselkursvereinbarungen, die Berechenbarkeit der Kurse und Preise, ist damit hinfällig. 30% Bandbreite bedeutet im Grunde: freies floaten der Kurse.

Der französische Finanzminister und Walgel betonen, das ganze sei eine deutsch-französische Gemeinschaftsinitiative gewesen, die Kooperation habe hervorragend funktioniert. Tatsächlich ist die deutsch-französische Währungsachse gebrochen, und sie war das Kernstück des EWS. Denn daß die Währungen von Dänemark und den Benelux-Staaten eng an die DM angebunden sind, ergibt sich aus der enorm starken wirtschaftlichen Verflechtung, es sind praktisch "Satelliten"-Währungen der DM. Und während die Politiker noch dementieren, daß ein kleiner Währungsverbund wie nach 1974 gegründet werde, kristallisiert sich genau ein solcher heraus.

Die Regierungen betonen, an der Währungsunion, an Maastricht und an der Einheitswährung werde festgehalten. Kohl gesteht jetzt 1-2 Jahre Verzögerung zu. Tatsächlich wird es weder zum vorgesehenen Zeitplan noch später zu einer Währungsunion mit festen Wechselkursen oder Einheitswährung kommen. Maastricht ist in dieser Hinsicht tot, die Einheitswährung war unter kapitalistischen Vorzeichen ohnehin ein totgeborenes Kind, das EWS könnte evtl. zum Jahresende höchstens noch einmal als Zombie wieder auferstehen.

Doch sie brauchen die Propaganda um Maastricht, um den eigentlichen Zweck der Übung weiter durchzuleben zu können: die arbeiter, umwelt- und verbraucherfeindlichen Maßnahmen und Beschlüsse. Auch die Propaganda bezüglich des Industriestandorts Deutschlands, der sich gegen europäische Konkurrenz behaupten muß, ist leichter zu verkaufen, wenn man auf den Ansehens eines weiteren Integrationsprozesses verwiesen kann.

Die Beschlüsse bedeuten auch, daß nunmehr die nationale Zinspolitik etwas unabhängiger von Erwägungen über den Wechselkurs betrieben werden kann. Das heißt für die anderen EG-Länder vor allem: unabhängiger vom DM-Kurs und der Bundesbank.

Wenn die Bundesbank die Zinsen hoch hält (wegen der Inflationstendenzen, vor allem durch die hohe Staatsverschuldung), lohnt es sich, dort anzulegen. Die anderen

Staaten müssen mit ähnlich hohen Zinsen mehr oder weniger mitziehen, sonst fließt zuviel Kapital in die DM ab: das würde bedeuten, daß die DM-Kurs steigt und die anderen Währungen demgegenüber abgewertet würden. Das gilt im EWS nur in engen Bandbreiten. Deswegen gab es schon seit längerem einen internationalen Druck auf die Bundesbank, die Zinsen zu senken. Denn die anderen Staaten befanden sich schon früher im wirtschaftlichen Abschwung oder in der Rezession. Und hohe Zinsen sind schlecht für die Konjunktur, weil sie Kredite für Investoren wie Verbraucher verteuern.

Jetzt wird der Druck auf die Bundesbank nachlassen, ihre Zinsen zu senken. Das könnte zu einem noch langsameren Tempo von Zinssenkungen führen. In den anderen Staaten kann es jetzt eher zu Zinssenkungen kommen.

Allerdings wird das Instrument der Zinspolitik oft maßlos überschätzt. In den Überlegungen von potentiellen Investoren ist der Zinsstand nur ein Faktor, und nicht der wichtigste. Wenn sie keine Aussichten auf erweiterten Absatz sehen, dann werden sie auch bei billigstem Kapital nicht investieren. Und wenn Verbraucher ohnehin überschuldet sind bzw. kein Vertrauen in die Zukunft haben, dann werden sie sich nicht weiter verschulden bzw. Anschaffungen zurückstellen, egal wie günstig die Kredite sind. Allenfalls finden in größerem Stile Umschuldungen statt, die aber weder neue Investitions- noch neue Konsumnachfrage schaffen. Dies hat man z.B. in der Rezession in den USA in den letzten Jahren gesehen. Trotz historischem Rekordtief der Zinsen sprang die Konjunktur nicht an. Dennoch diskutiert die bürgerliche Wirtschaftspolitik dauernd über die Zinsen: denn sie haben in der anarchischen Marktwirtschaft nur herzlich wenige Instrumente.

Ob es aber tatsächlich zu deutlichen Zinssenkungen in den anderen EG-Ländern bzw. zu größeren Abwertungsschüben kommt, ist noch nicht ausgemacht. Zwar bieten Abwertungen Wettbewerbsvorteile, aber es ist natürlich auch eine Prestige-Frage, ob eine Regierung eine Schlechterbewertung ihrer Wirtschaft zuläßt, und ob sie damit die Kaufkraft der Währung bei Importen schwächt. Denn eine Abwertung hat verschiedene Auswirkungen (siehe oben). Das ist auch der Grund, warum sich die französische Regierung in den Verhandlungen gegen eine offizielle Abwertung sträubte.

Die Entscheidung zur Aussetzung des EWS hat vorläufig geschafft, den Spekulationsdruck abzumildern. Wenn jetzt die Währungsspekulanten nicht mehr wissen, ab welchem Zeitpunkt die Zentralbanken am Markt intervenieren, ist für sie das Risiko beträchtlich höher.

Gänzlich "von der Interventionspflicht befreit", wie dies teilweise verkürzt behauptet wird, sind die Zentralbanken auch nach der Entscheidung nicht. Nur daß jetzt die Interventionen vom Marktgeschehen abhängen, nicht mehr von den zwischenstaatlichen EWS-Vereinbarungen. Interventiert werden muß jedoch ggfls. weiterhin, um aus Sicht des jeweiligen Landes zu starke Auf- oder Abwertungen zu vermeiden. Und nach wie vor können die Devisenreserven der Zentralbanken dadurch stark beansprucht werden.

Auch andere Dinge, die man abwenden wollte, hat man mit der Entscheidung der Finanzminister jetzt doch:

* Man wollte eine Abwertung des Franc und Aufwer-

tung der DM sowie ein allgemeines Realignment verhindern. Jetzt bewertet der Markt alle Währungen neu. Der Franc wurde faktisch ab- und die DM aufgewertet.

* Man war gegen den Ausstieg einzelner Währungen aus dem EWS diskutiert worden war vorher ein Ausstieg des Franc oder gar der DM. Jetzt sind alle ausgestiegen, indem das ganze System suspendiert wurde.

Zwei Dinge zeigen auch, wie panisch die Ministerrunde zum Teil war und wie wenig Vertrauen sie in die wirtschaftlichen Aussichten haben:

- Panik verrät die von Frankreich in die Beratungen eingebrachte Schnapsidee vom "zeitweiligen Ausstieg" der DM aus dem EWS. Der Gedanke dabei war wohl, daß dann die Frankreich und andere die Zinsen schneller senken könne und nicht mehr an die Hochzinspolitik der Bundesbank gekoppelt sein würde. Doch ein Ausstieg der Ankerwährung des gesamten Systems wäre natürlich ebenso das Ende des EWS gewesen.

- Offenbar wurde nicht großartig erwogen, die Bandbreiten auf je 6% zu erweitern, also die Bandbreite, die vorher schon Wechselwährungen zugestanden wurde, zu verallgemeinern. Wenn man sich nicht zutraut, eine Schwankung von +/- 6% durchzuhalten, dann sagt das etwas über die Erwartungen der Minister bezüglich der Konjunkturaussichten.

Reaktionen

Die ersten Reaktionen in Deutschland waren unterschiedlich. Die Finanzwirtschaft hat die Beschlüsse relativ früh als das gekennzeichnet, was sie sind: nämlich als Aussetzen des EWS. Industrie und Unternehmerverbände haben sich sehr zurückhaltend, teils sogar positiv, geäußert. Sie hoffen nun auf Zinssenkungen in den europäischen Ländern, die deren Konjunktur ankurbeln und darüber den Exportmarkt für Deutschland erweitern soll.

Auch ist die DM im Verhältnis zum US-Dollar und zum Yen beträchtlich abgewertet worden, so daß der Handel in diesen Bereich profitiert und die Folgen der de-facto Aufwertung der DM im europäischen Raum gemildert werden.

Am stärksten betroffen ist der deutsch-französische Handel, und die Firmen, die fast ausschließlich dorthin liefern. Frankreich ist der größte Handelspartner Deutschlands.

Perspektiven

Ob das Vorhaben gelingt, das EWS zum Jahresende wieder einzusetzen, ist mehr als fraglich. Die Volkswirte und Manager der Großbanken zeigen sich "äußers skeptisch" gegenüber solchen Ankündigungen. Sie sehen erst für die zweite Jahreshälfte 94 mögliche konjunkturelle Erholungen im Exportgeschäft. "Davor wird das Tal tiefer und breiter." Wenn aber die Talfahrt der deutschen Wirtschaft erstmal weitergeht, wenn die anderen Staaten davon ebenfalls negativ beeinflusst werden, wenn die ökonomischen Eckdaten in den einzelnen Ländern sich nicht aufeinander zu, sondern immer weiter auseinander bewegen: dann ist nicht zu erkennen, wie das EWS am Jahresende wieder eingesetzt und der Einstieg in die zweite Stufe der WWU gefunden werden soll.

Allenfalls wird es möglich, einige kosmetische Maßnah-

men zu ergreifen. Zum Beispiel könnte das geplante EWI gegründet, ein Ort dafür bestimmt werden; auf eine Ausweitung der EG-Bürokratie können sich die Regierungen eigentlich immer leicht einigen. Vielleicht könnten auch zeitweilig wieder engere Bandbreiten festgelegt werden. Das ist aber aus heutiger Sicht wegen der kurzfristigen konjunkturellen Aussichten eher unwahrscheinlich. Gänzlich ausgeschlossen ist eine Rückkehr zu den alten Bandbreiten am Jahresende bzw. der Einstieg in die 2. Stufe, die ja die schnelle Einführung ganz fester Paritäten vorsah.

Zum Herbst oder Jahresende könnte die britische Regierung evtl. ihren Vorschlag von der Einführung eines harten ECU als 13. EG-Währung wieder aus der Schublade holen. Der ECU ist jetzt im wesentlichen eine Korbwährung, als Zahlungsmittel wird es für weniger als 1% des EG-Handels genutzt. Der Vorschlag der britischen Regierung sieht vor, daraus eine wirkliche Währung und ein allgemeines Zahlungsmittel zu machen, das sich dann in Konkurrenz zu den nationalen Währungen am Markt durchsetzen müßte. Der Haken daran: für die "Härte" des ECU müßten die nationalen Regierungen garantieren, indem sie keine Abwertung gegenüber der stärksten nationalen Währung, der DM, zulassen. Die Instrumente dazu sind: mit Devisenreserven intervenieren und die Zinspolitik. Das ist aber in der Essenz nichts anderes, als was im EWS passieren sollte, und was die Regierungen bzw. Zentralbanken nicht durchhalten konnten. Laut Financial Times (10.8.93) soll nach Vorstellung der Briten der "harte ECU eine ähnliche Funktion erfüllen wie das Esperanto auf dem Gebiet der Sprachen" - so ähnlich wird es wohl auch sein, vor allem genauso selten...

Möglich, und bei sich vertiefender Rezession nicht mal unwahrscheinlich, sind auch Abwertungen, um sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, trotz der Nachteile, die das auch hat. Dies könnte dann leicht in einen Abwertungswettlauf ausarten, oder protektionistische Maßnahmen nach sich ziehen.

Die DM wird wahrscheinlich zunächst unter Aufwertungsdruck geraten, bzw. hat ja in den ersten Tagen schon leicht aufgewertet. Aber eigentlich ist die DM schon jetzt eher überbewertet, besonders bedingt durch die Hochzinspolitik. Frankreich ist schon seit geraumer Zeit, sozusagen allmählich, in den Konjunkturabschwung geglitten, stagnierte dann eine Zeitlang und schrumpft jetzt. Darauf hat der Devisenmarkt mit Druck auf den Franc reagiert. Deutschland ist dabei, ziemlich abrupt in die tiefste Nachkriegsrezession zu rutschen. Dies hat sich in der Bewertung der DM noch gar nicht niedergeschlagen. Daher ist mittelfristig auch eine Abwertung der DM gegenüber europäischen Währungen zu erwarten.

Was sind Auslöser und Ursache der Turbulenzen?

Kapitalistische Marktwirtschaft ist anarchisch und entzieht sich jeder vernünftigen Planung. Währungs- und finanzpolitische Maßnahmen haben immer verschiedene Auswirkungen: sie wirken so widersprüchlich wie das System, wie immer es die Politik dreht und wendet. Das be-

deutet nicht, daß man nicht die schlechteste aller politischen Lösungen wählen kann. Zusätzlich erschwert wird das ganze noch durch die extreme Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der Finanzplätze in den 80er Jahren, eine Erblast der Reaganomics. Dadurch können die Kapitalströme kaum noch kontrolliert werden, laufen politische Maßnahmen oft ins Leere.

Finanzströme von 1.000 Mrd. Dollar werden weltweit grenzüberschreitend gehandelt - Tag für Tag. Wenn eine Anzahl größerer Geldhändler in eine Richtung spekulieren, wie z.B. gegen den Franc, dann sind die Notenbanken letztlich machtlos. Das haben die EWS-Krisen eindrucksvoll demonstriert. In den 2 Tagen vor Aussetzen des EWS haben die europäischen Notenbanken bedrohte Euro-Währungen für 80 Mrd DM gekauft. "Fast 2,5 Mrd. DM davon werden sie nicht mehr wiedersehen. Dieser Betrag ist auf die Konten der Geschäftsbanken und über die Gewinnbeteiligungen in die Taschen der Händler geflossen. Noch aber, so wird gescherzt, noch selten die Gewinne nicht groß genug, um Porsche-Verkäufer - wie früher üblich - zwecks Bestellung in der Mittagspause zu empfangen." (Handelsblatt 3.8.93)

Das bedeutet nicht, daß das EWS nur wegen der Spekulation auseinandergebrochen ist.

Auch die Hochzinspolitik der Bundesbank, die besonders in den anderen EG-Ländern als Grund für die Währungskrisen seit dem vergangenen Herbst gesehen wird, war nur ein Auslöser. Insofern die Zinspolitik als ein Faktor die Konjunktur beeinflusst, ist an der Kritik ein Körnchen Wahrheit dran. Andererseits kann die Bundesbank aus Ihrer Sicht

kaum anders handeln. Sie hat in Auftrag der deutschen Bourgeoisie für die Stabilität der Währung zu sorgen, und die Verschuldungspolitik der Regierung bewirkt das Gegenteil.

Letztlich ist die Ursache die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, die in den USA und den angelsächsischen Ländern begann und jetzt auch Europa voll erfaßt hat. In der Krise gehen die nationalen Interessen der Bourgeoisie wieder vor internationaler Integration. Je tiefer die Krise wird und je länger sich eine Erholung hinzieht, um so weniger internationale Kooperation wird es geben, um so schärfer werden auch die Innereuropäischen Spannungen. Der Kapitalismus kann den Nationalstaat nicht überwinden. Er kann teil- und zeitweise seine negativen wirtschaftlichen Auswirkungen abmildern. In der Krise brechen jedoch die grundlegenden Widersprüche wieder auf, darunter der Widerspruch zwischen der Entfaltung der Produktivkräfte für einen Weltmarkt und den nationalstaatlichen Schranken.

Das bedeutet nicht, daß die einfach EG auseinanderfallen wird, denn der Außendruck US-amerikanischen und japanischen Konkurrenz macht ein Mindestmaß an Kooperation nötig. Aber die Innereuropäischen Spannungen wie die Handelskonflikte zwischen den großen Blöcken werden in den nächsten Jahren enorm zunehmen.

Angela Bankert
für die Redaktion
10.8.93

Wirtschaftskrise und Währungsschaos

VORAN
Nr. 146
Nov. '92

In den letzten beiden Jahren hat die Einverleibung der DDR dem BRD-Kapitalismus eine Sonderkonjunktur beschert. Dagegen stagniert die Wirtschaft in Griechenland oder in der Schweiz. Britannien steckt in der längsten Rezession seit den 30er Jahren. Finnland befindet sich in einer Depression. In Schweden hat sich die Arbeitslosigkeit in 12 Monaten verdoppelt - auf Rekordhöhe seit 1945, Tendenz steigend. Das Wachstum der europäischen Industrieländer betrug 1991 gerade 1,2 Prozent.

Mittlerweile ist die deutsche Sonderkonjunktur durch die Einverleibung der DDR abgelaufen. Übrig bleibt eine drastisch gestiegene Staatsverschuldung und eine Aufblähung der Kreditmenge. Da 2/3 der Gelder in den Konsum gingen und damit sofort versickerten, stellen die Schuldenberge heute eine enorme Hypothek dar - nicht nur für die deutsche, sondern auch für die europäische Wirtschaft. Denn während andere europäische Staaten versucht haben, durch niedrige Zinsen die Konjunktur wieder anzukurbeln, hat die Bundesbank die Zinsen hochgedrückt, um der Inflation zu begegnen. Die deutsche Hochzinspolitik hat dazu geführt, daß die Frankfurter Börse ausländisches Kapital wie ein Magnet angezogen hat.

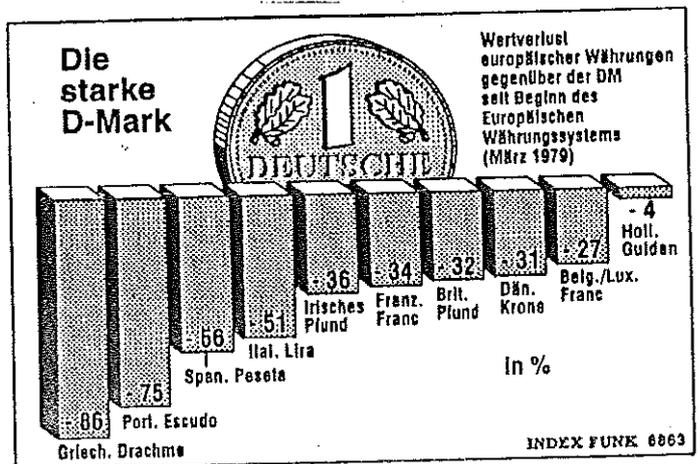
Paradoxerweise kann das gesamte Europäische Währungssystem (EWS) gerade dann durcheinander, als die Bundesbank die Zinsen endlich senkte. Warum? Weil die Bundesbank die Zinsen gerade um 0,5 Prozent senkte,

die niedrigste mögliche Zinssenkung, und damit alle Hoffnungen auf wirkliche Niedrigzinsen zerstörte.

Wie war es möglich, daß das britische Pfund in 24 Stunden 10 Prozent von seinem Wert verlieren konnte? Wie war es möglich, daß die Wechselkurse der verschiedenen europäischen Währungen in drei Tagen völlig aus den Fugen gerieten? Warum traten Italien und GB über Nacht aus dem EWS aus?

Der große Knall auf dem Geldmarkt hat letztlich nur die derzeitige wirtschaftliche Schwäche der kapitalistischen Staaten Europas zum Ausdruck gebracht. Das EWS wurde erst 1979 in einem Jahr des wirtschaftlichen Aufschwungs gegründet. Nachdem es die erste Zerreißprobe (die Weltwirtschaftskrise 1980-82) mit Mühe und Not überstand, könnte es am Beginn der 90er Jahre wie ein Kartenhaus zusammenfallen - so wie der Vorläufer des EWS, die „Währungsschlinge“, die in der ersten Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre auseinanderfiel.

Die bis spätestens 1999 angestrebte „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion“ wird deshalb niemals Wirklichkeit werden. Schließlich werden die Beschlüsse für den gemeinsamen Binnenmarkt bereits heute ständig unterlaufen. So haben zum Beispiel Spanien, Portugal und Irland jetzt neue Kapitalverkehrsbeschränkungen eingeführt, obwohl der freie Kapitalverkehr in der EG bereits seit 1. Juli 1990 gilt.



Währungsunion

Derzeit konzentrieren sich die Aktivitäten vor allem auf das Ziel einer europäischen Währungsunion mit einheitlicher Währung und unabhängiger Zentralbank (Maastrichter Verträge). Dies würde jedoch voraussetzen:

- Ähnliche ökonomische Standards der beteiligten Länder oder zumindest die Perspektive, diese in absehbarer Zeit zu erreichen
- die Bereitschaft der nationalen Bourgeoisien, entscheidende währungs-, haushalts-, finanzpolitische Instrumente aus der Hand zu geben.

Das Beispiel der deutsch-deutschen Währungsunion führt drastisch vor Augen, welche katastrophalen Folgen dies bei Ländern mit ungleicher Wirtschaftskraft haben kann und mit welchem Verlust an staatlicher Souveränität es verbunden ist. Keine nationale Bourgeoisie Westeuropas würde sich in eine Währungsunion begeben, wenn auch nur annähernd solche Folgen zu befürchten sind.

Und die ökonomische Kluft zwischen den EG-Ländern ist tief, vergleicht man z.B. Griechenland und Portugal mit der BRD oder Frankreich. Es gibt große Unterschiede bei den Inflationsraten, der Verschuldung der Haushalte, etc., was eine einheitliche Geld- und Finanzpolitik unmöglich macht, die zwangsläufig an die Politik der stärksten Nation, nämlich der deutschen, angekettet wäre.

Die Verträge von Maastricht sehen Kriterien vor, die zum Eintritt in die nächste Stufe der Währungsintegration erfüllt sein müssen (siehe Tabelle). Mitte 1992 erfüllen nur drei Länder diese Kriterien, darunter nicht mal die BRD. Wie z.B. Italien oder Belgien mit ihren hohen öffentlichen Defiziten den Verschuldungskriterien gerecht werden sollen, dürfte auch den entsprechenden Regierungen noch ein Rätsel sein. Dies ginge nur durch drastische Sparprogramme, die enorme soziale und politische Instabilitäten zur Folge hätten.

Schon im jetzigen Europäischen Währungssystem EWS (die Wechselkurse der Mitgliedsstaaten dürfen nur innerhalb einer Bandbreite von $\pm 2,5\%$ um eine fixe Währungsparität schwanken, für weichere Währungen gilt 6% Schwankungsbreite) gab und gibt es immer wieder Spannungen. So

beklagen sich derzeit einige Staaten über die deutsche Hochzinspolitik, die sie nachvollziehen müssen (wollen sie größeren Kapitalabfluß vermeiden), was jedoch die Konjunkturschwäche verstärkt. Die Bundesbank ihrerseits kann aber wegen der enormen Staatverschuldung vom hohen Zinsniveau in absehbarer Zeit nicht herunter. In einer Währungsunion mit Zentralbank hätte kein Land die Zinspolitik mehr in der Hand, ebensowenig die Möglichkeit zu nationalen zu Auf- und Abwertungen, um die Wettbewerbssituation der jeweils eigenen Wirtschaft zu beeinflussen.

Seit Einrichtung des EWS 1979 gab es 11 Neufestsetzungen der Währungsparitäten, weil die vorher festgelegten Kurse nicht gehalten werden konnten. Erst seit 1987 ist das EWS stabiler, was aber vor allem den niedrigen Inflationsraten durch Rohstoffpreisverfall zu verdanken ist. Vor dem EWS gab es ab 1972 die sog. »Währungschlange«, ein lockerer Währungsverbund, dem zeitweilig neun Länder angehörten. Im Gefolge der Rezession Mitte der 70er Jahre fiel dieser Bund jedoch auch wieder auseinander; übrig blieb ein kleiner Block der DM und einiger »Satelliten-Währungen« (Benelux, Dänemark). Ein festes Wechselkursystem einzurichten, wie es nach dem zweiten Weltkrieg im Abkommen von Bretton-Woods sogar weltweit fixiert wurde und bis Anfang der 70er Jahre gehalten hatte, ist also seitdem nicht mal mehr auf europäischer Ebene voll gelungen. Seit 1972 hat die EG dazu verschiedene Anläufe genommen und sich jetzt das eigentlich bescheidene Ziel »unwiderruflich fester Wechselkurse« wenigstens einiger Kernländer erst für 1997 gesteckt, als Vorstufe zur angepeilten Einheitswährung 1999.

kursfixierung fraglich, bzw. wird sich als durchaus widerruflich erweisen. Möglich wäre allenfalls ein kleiner, relativ fester Währungsverbund einiger Länder, enger als das jetzige EWS.

Eine einzige EG-Einheitswährung ist völlig undenkbar und auf kapitalistischer Grundlage vollkommen utopisch.

Hauptzweck des »Unternehmens Maastricht« ist es vor allem, den Arbeiterklassen der verschiedenen europäischen Länder drastische Sparhaushalte und Abbau ihrer Rechte mit dem Argument besser verkaufen zu können, man dürfe nicht in die »Zweite Liga« der europäischen Wirtschaftsnationen absteigen. Daß dies nicht so einfach ist, zeigt das »Nein« der Mehrheit der dänischen Bevölkerung zu diesen Plänen.

Die Europa-Euphorie hat im Zuge abflauender Konjunktur schon jetzt merklich nachgelassen, auch bei der deutschen Bourgeoisie seit der Vereinigung. Derzeit spielt noch Frankreich mehr eine treibende Rolle. Der Zeitpunkt könnte nicht fern sein, wo sich europäischen Regierungen die Hintertüren im Maastrichter Vertrag und das dänische Nein zu Währungsunion zunutze machen, um aus dem Projekt Währungsunion auszusteigen oder es stillschweigend zu beerdigen, bzw. nur noch einer Währungsverbund zweiter Klasse anstreben.

Im Zuge von Konjunkturlaute und bei eher schwachem Aufschwung danach werden sich die innereuropäischen Wirtschaftskonflikte wieder mehr verschärfen, die verschiedensten Allianzen z.B. gegen den übermächtigen Einfluß des deutschen Kapitals, bilden.

Dadurch wird die weitere Integration ins Stocker geraten; es wird sogar wieder Rückschritte und mehr Protektionismus innerhalb Europas geben. Allerdings bleibt der Druck von außen seitens der US- und japanischen Konkurrenz bestehen, so daß der europäische Wirtschaftsblock trotz aller innerer Widersprüche einen gewissen Bestand haben wird.

Aussichten

Bei schwacher Wirtschaftsexpansion und verstärktem Konkurrenzkampf der nationalen Bourgeoisien ist selbst die »unwiderrufliche« Wechsel-

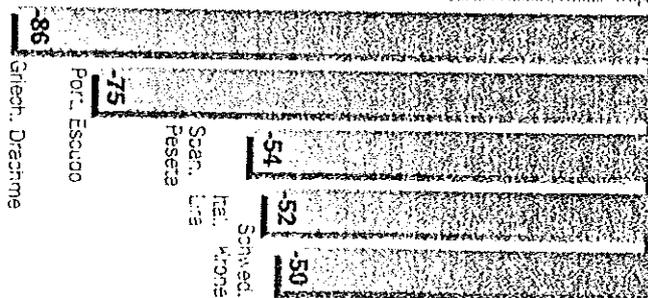
043 : "Analysen, Aufgaben und Perspektiven"

VORAN '92

2f

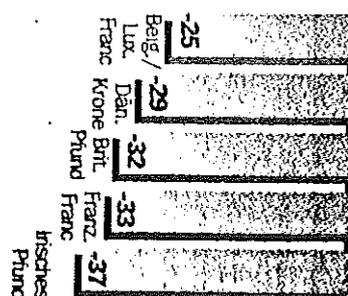
Wochenpost Nr. 33/83

Quelle: Globus, Grafik-Wops

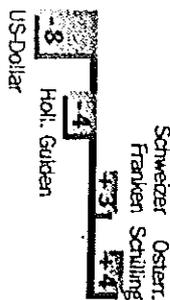


Die Wertverluste der jeweiligen Währungen gegenüber der D-Mark von Anfang 1979 bis Gründung des EWS bis Anfang August 1993 (in Prozent)

Die Halbstarke



Die Starken



Die Stärkste

■ Nur eine Währung hat der D-Mark in den Jahren seit 1979 restlos den Rang abgelaufen: der Yen. Die japanische Härtest-Währung legte im Vergleich mit der D-Mark sage und schreibe 80 Prozent zu.

Reihe von Hürden im Binnenmarkt geben wird, auch wenn diese kaum an den Grenzen sichtbar werden dürften". Die Abrechnung der Besteuerungsumterschiede findet nicht mehr an den Grenzen, sondern in den Unternehmen statt. Aber selbst der freie Warenverkehr über die Grenzen ist eingeschränkt. „Oto Normalverbraucher“ darf wegen der Steuerunterschiede nicht einmal Alkohol und Zigaretten unbegrenzt aus- und einführen.

Trotzdem ist die Integration weitergegangen, als wir es 1989 für wahrscheinlich gehalten haben. Der anhaltende Wirtschaftsaufschwung und der verstärkte Druck auf Europa durch das veränderte Kräftegleichgewicht seit dem Zusammenbruch des Ostblocks waren hierfür die Grundlage gewesen.

Binnenmarkt-Euphorie verfliegen

Auffällig ist aber, daß die in der Öffentlichkeit noch 1989 verbreitete Euphorie in Bezug auf die Segnungen des Binnenmarktes verfliegen ist. Demals wurde von binnenmarktbegeisterten Politikern angekündigt, daß der Binnenmarkt unter anderem 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze und 2% höheres Wirtschaftswachstum bringen würde.

Aber seitdem hat sie die Realität der kapitalistischen Entwicklung wider auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Die Europa-Begleitung Deutschlands und besonders der deutschen Bundesbank wurde durch die Erfahrungen mit den „Kosten der deutschen Einheit“ stark abgekühlt, jetzt treibt eher Frankreich die europäische Einigung voran.

Britannien, Schweden und das Nicht-EG-Mitglied Schweiz befinden sich in der Rezession. In den meisten anderen europäischen Staaten und auch in Deutschland schwächt sich das Wachstum deutlich ab. Der Nachfrageschub durch die riesigen Geldsummen, die von Westdeutschland in die Ex-DDR gepumpt wurden, brachte nicht nur eine Sonderkonjunktur für die BRD, sondern auch für Frankreich und die Benelux-Staaten. Dieser Wachstumsschub geht jetzt zu Ende. Die EG-

Kommission erwartet für 1991 einen Fall des europäischen Bruttoinlandsprodukt-Wachstums auf 1,3% im Vergleich zu noch 2,8% im Jahr 1990.

Der Haupteffekt des Projektes „Binnenmarkt 1992“ war ein großer Schub in der Konzentration von Kapital durch Fusionen und Aufkäufe in Hinblick auf 1992. Die Zahl der Beteiligungen und Gründungen von Tochtergesellschaften in der EG hat sich von 708 (1986/87) auf 1384 (1989/90) verdoppelt. Diese Entwicklungen waren jedoch nicht mit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze verbunden, sondern mit Rationalisierung, Arbeitsplatzabbau und verstärktem Druck auf die betroffenen Arbeitnehmer.

Die Hauptwirkung des Binnenmarktes ist die verschärfte Konkurrenz zwischen den Unternehmen, wobei die Stärkeren auf Kosten der Schwächeren Marktanteile sichern können. Die Arbeitnehmer werden gegeneinander ausgepielt und sind die Verlierer.

	Neuwachstum (% des BIP)	Stoßwachstum (% des BIP)	Arbeitslosenquote in Prozent	langfristige Zinsen in Prozent	Ergebnis (Wett)
Belgien	6,1	129,4	4,5	10,1	▲▲▲▲
Dänemark	1,6	83,3	3,3	11,0	▲▲▲▲
Deutschland	4,8	45,2	3,9	8,9	▲▲▲▲
Griechenland	16,9	94,3	18,5	19,0	▲▲▲▲
Spanien	1,9	42,6	6,6	14,8	▲▲▲▲
Frankreich	1,1	36,1	3,6	10,0	▲▲▲▲
Irland	3,5	99,4	3,5	10,1	▲▲▲▲
Italien	9,4	102,9	6,3	13,3	▲▲▲▲
Luxemburg	-1,1	6,8	4,0	8,6	▲▲▲▲
Niederlande	4,7	78,5	2,8	9,0	▲▲▲▲
Portugal	5,6	64,7	12,6	15,4	▲▲▲▲
Großbritannien	0,7	41,8	6,3	11,2	▲▲▲▲
gefördert	max. 3	max. 60	max. 1,5 (über den	max. 2 (über den	▲▲▲▲

Die Daten sind dem Jahreswirtschaftsbericht 1990/91 der EG-Kommission entnommen (außer Griechenland/Zinsen: Deutsche Bank). Alle Werte sind Schätzungen aus der Jahreswende für das Jahr 1991 und können sich selber verändert haben; die langfristigen Zinsen gelten für 1990. Luxemburg hat einen Haushaltsüberschuss. Die Angaben können wegen der einheitlichen Erhebungsmethoden von den nationalen Statistiken abweichen. Deswegen wurden die Wirtschafts- und Währungsunion-Kriterien etwas „aufgeweicht“, dies wird vermutlich auch im Entscheidungsverfahren 1996/98 so gehandhabt. BIP = Bruttoinlandsprodukt.

Nachdem die Arbeitslosenquote von 1989 bis 1991 leicht von 8,9% auf 8,6% gesunken war, erwartet die EG-Kommission für 1993 einen Anstieg auf 9,2%. Die Aussage in dem VORAN-Artikel vom Mai 1989, daß die Hoffnungen auf einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung durch den Binnenmarkt vergebens sind, würde also voll bestätigt. Im übrigen hält auch keiner der damaligen Europa-Begleitenden diese Behauptung mehr aufrecht.

Verschwindet 1999 die Deutsche Mark?

Die drastischen Folgen einer Währungsunion zweier Staa-

ten mit einem großen Unterschied in der Produktivität haben wir am Beispiel Deutschland gesehen. Die Industrie der ehemaligen DDR war mit Vollendung der Währungsunion am 1.7.1990 völlig schutzlos der Konkurrenz der westdeutschen Industrie ausgeliefert.

In der Folge wurden über die Hälfte der Industriekapazitäten vernichtet und es waren riesige Transferzahlungen von West nach Ost nötig, um die sozialen Folgen einzugrenzen zu begrenzen.

Aus diesem Grund wurden bei den Beschlüssen von Maastricht harte Bedingungen für den Eintritt in die Währungsunion gestellt, die heute nur von Dänemark, Frankreich und Luxemburg erfüllt sind (siehe Tabelle). Nach den Beschlüssen kommt die Währungsunion schon 1997, wenn die Mehrheit der Mitgliedsländer die Bedingungen erfüllt - was sie nicht tun wird. Ansonsten kommt es spätestens 1999 - theo-

retlich auch dann, wenn sie nur aus Dänemark, Frankreich und Luxemburg besteht.

Die Maastrichter Beschlüsse sind reine Absichtserklärungen, die nur mit einer knallharten Stabilität und damit Sparpolitik eine Chance auf Umsetzung hätten - günstige weltwirtschaftliche Bedingungen vorausgesetzt.

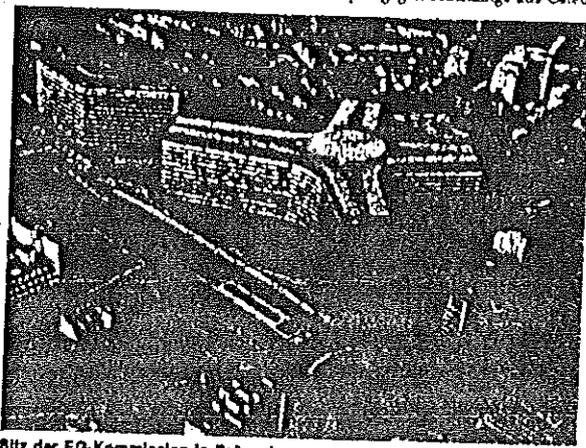
Unter den Bedingungen des jetzigen weltweiten Konjunkturreinbruchs und der wahrscheinlich nur langsam und

Vormachtstellung Deutschlands. So hat zum Beispiel die Letztinhaberhöhung der deutschen Bundesbank im Dezember 1991 die britischen Pläne zu konjunkturlebenden Zinssenkungen sabotiert.

Wenn also Kanzler Kohl scheinbar leichsinnig „unsere Mark“ aufgeben will, dann ist das keine Dumtheit, sondern Ausdruck des deutschen Weltmachtstrebens. Die Beschlüsse von Maastricht stehen nicht im Widerspruch zu den Warnungen vieler bürgerlicher Experten vor den Risiken et-

der. Deutschland als stärkste Macht treibt die Stärkung der EG-Institutionen voran, weil es diese als Instrument zur Durchsetzung seiner Interessen nutzen will. Andere Länder, vor allem Großbritannien, sind nicht bereit, sich auf diese Weise in Abhängigkeit von Brüssel und damit von Bonn zu begeben. Wegen der Konflikte blieb bei dieser Frage auch nach Maastricht alles weitgehend beim alten.

Am ehesten einigen kann man sich noch bei der Schaffung einer „Festung Europa“ gegen Flüchtlinge aus Osteu-



Sitz der EG-Kommission in Brüssel.

ropäischer Währungsunion, die den Risiken der deutschen Währungsunion ähneln (Notwendigkeit riesiger Transferzahlungen in die inneren Länder, Import von Inflation und wirtschaftlicher Instabilität). Denn es ist noch völlig offen, ob und wann sie umgesetzt werden können, wenn die Beteiligten das dann noch wollen. Die DM bleibt uns also aller Voraussicht nach auch im 21. Jahrhundert erhalten.

„Gemeinsames Haus Europa“?

Es ist inzwischen klar geworden, daß alles Gerede vom „gemeinsamen Haus Europa“, daß nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten begonnen wurde, nichts mit Barmherzigkeit zu tun

Für ein sozialistisches „Haus Europa“!

Die Jubelstimmung, die von der SPD-Führung im Europawahlkampf 1989 verbreitet wurde („Wir sind Europa“) erscheint rückblickend noch blaugrüner. VORAN warnte damals davor, die Pläne für ein Europa der Konzerne zu unterstützen. Wir als Sozialisten sind nicht gegen die Abschaffung von Grenzen, im Gegenteil. Aber unter kapitalistischen Bedingungen wird jeder Schritt in Richtung europäischer Einheit zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

Die begrenzten Schritte zur Überwindung der nationalstaatlichen Grenzen, die in der EG umgesetzt werden, zeigen, daß die Entwicklung der Produktivkräfte im Widerspruch zu den nationalen Grenzen steht.

Aber die Gegensätze werden nicht aufgehoben. Handelskriege und neue Zollschranken zwischen den drei großen Blöcken USA, EG und Japan sind unvermeidlich, aber auch die Spannungen innerhalb der EG werden zunehmen. Letztlich können die widerstreitenden Interessen sogar zu neuen Kriegen führen. Durch den Zusammenbruch des Stalinismus ist mehr Raum für Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten.

Der einzige Ausweg ist die Schaffung einer neuen, sozialistischen Ordnung in Europa und weltweit. Dazu müßten die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Die Wirtschaft müßte von den Arbeitnehmern selbst demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Auf der Grundlage einer international geplanten Wirtschaft könnten die vorhandenen Möglichkeiten voll genutzt werden, um den Lebensstandard zu heben und die Umwelt zu retten. Die „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ - eine alte Forderung der Arbeiterbewegung - dürften natürlich nicht an den EG-Grenzen halt machen, sondern müßten auch Ost- und Südosteuropa einschließen.

Wichtig ist, daß die europäischen Arbeiterorganisationen ihre großen Defizite in der internationalen Zusammenarbeit ausbilden und gemeinsam gegen die Spaltungsvorhaben des Kapitals vorgehen. Dieser Kampf muß mit einem sozialistischen Programm verbunden sein.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist

Die Sache mit den Wechselkursen

Die Besetzung von Handelsverträgen, wie verschiedenen Normen, Zöllen und Einfuhrbeschränkungen ist von großem Nutzen für die Unternehmen, die am produktivsten sind und ausländische Konkurrenten aus dem Feld drängen können.

Gleichzeitig gibt es aber auch in jedem Land und besonders in den wirtschaftlich schwächeren Ländern Unternehmer, die auf den Schutz des eigenen Absatzmarktes oder Exporthilfen angewiesen sind.

Wenn nun ein Land eine niedrigere Produktivität hat und deshalb die eigenen Produkte zu teuer für ausländische Käufer sind, kann es seine Währung abwerten, um die Waren für ausländische Importeure billiger zu machen. Der Preis dafür ist, daß die eigene Währung weniger Kaufkraft besitzt und Importe somit teurer werden.

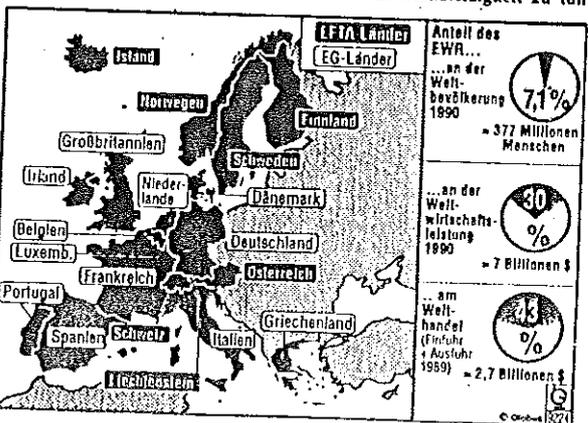
Die Änderung der Wechselkurse ist also ein Schutzmechanismus für eine nationale Wirtschaft, der allerdings die grundlegenden wirtschaftlichen Schwächen eines Landes nicht dauerhaft ausgleichen kann. Die Länder mit einer produktiveren Wirtschaft und einer damit „ärteren“ Währung, wie zum Beispiel Deutschland, bekommen für

ihre Exporte relativ mehr als die Länder, die ihre Währung unterbewerten.

Eine weitere Möglichkeit der nationalen Wirtschaftspolitik ist die Senkung der Zinsen, um Kredite billiger zu machen und so die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Das wird im Augenblick in Großbritannien versucht. Auch eine solche Maßnahme kann den Wert einer Währung senken.

Starke Wechselkurschwankungen behindern den freien Handel. Deshalb wurde 1979 nach dem Zusammenbruch des Dollar als stabile Leitwährung das Europäische Währungssystem gegründet, daß nur geringe Wechselkurschwankungen zuläßt (für die meisten EG-Länder nur 2,5% um einen festen Wert).

Ein solches Abkommen ist in wirtschaftlich guten Zeiten zum Vorteil aller Einzelstaaten, kann aber jederzeit wieder auseinanderbrechen, wenn die Konjunktur zurückgeht und jeder an sich selbst zuerst denkt. Die Abgabe der nationalen Souveränität in der Finanzpolitik an eine europäische Zentralbank, die allein die Ausgabe des ECU als europäische Währung regelt, wäre dagegen ein Schritt, der nicht so einfach rückgängig gemacht werden kann.



schwach einsetzenden Erholung ist überhaupt nicht erkennbar, wie zum Beispiel Belgien oder Italien die Kriterien erfüllen sollen, von Spanien, Portugal und Griechenland ganz zu schweigen. Und selbst wenn die Daten stimmen würden, wäre es immer noch ein großer Schritt für die Einzelstaaten, die eigene Währungssouveränität aufzugeben.

Eine Währungsunion, die zu Beginn am ehesten aus der BRD, Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden bestehen würde, wäre von Deutschland dominiert, der ECU als gemeinsame Währung wäre eine Art „Euro-Mark“. Die EG-Staaten, die bei diesem Wirtschaftsblock außen vor bleiben würden, wären weit abgeschlagen - von Osteuropa ganz zu schwe-

hat. Die armen Nachbarn im Osten dürfen nämlich erstmal die dunklen Kellerräume im „gemeinsamen Haus“ beziehen.

Die Staaten der EFTA (Europäische Freihandelsassoziation) wurden ins Konzept des Binnenmarktes 1992 mit integriert und sollen einen gemeinsamen „Europäischen Wirtschaftsraum“ (EWR) mit der EG bilden. Aber die Staaten Osteuropas, die sich Hilfe von der EG erhoffen, bleiben erst einmal außen vor. Zwar wird die Notwendigkeit zu stabilisierenden Maßnahmen von den EG-Staaten gesehen, bei dem Gipfel von Maastricht wurde hierzu jedoch nicht einmal der Versuch gemacht, Lösungen zu finden (zur EG-Außenpolitik auch „Unser Standpunkt“ auf Seite 2).

Die Diskussionen um die „Politische Union“ spiegeln die Widersprüche zwischen den einzelnen Staaten wie-

Schon heute gibt es eine über die europäische Leitwährung DM vermittelte

Die Tiefe der nächsten Rezession ist allerdings aus heutiger Sicht schwer abzuschätzen, weil nicht absehbar ist, welche Reserven zur Ankurbelung eines Wiederaufschwungs eingesetzt werden. Es könnte einen Verlauf ähnlich dem der beiden letzten Rezessionen geben. Allerdings ist auch ein tieferes Abgleiten möglich, weil der Aufschwung der 80er Jahre schon in hohem Ausmaß kreditfinanziert war.

EG-Binnenmarkt

Solange der internationale Aufschwung anhält, kann auch der Prozeß der europäischen Integration noch ein Stück weit vorangetrieben werden, wengleich auf kapitalistischer Grundlage kein einheitlicher Binnenmarkt und schon gar keine Abschaffung der Nationalstaaten möglich ist. Aber sobald die im Kapitalismus unvermeidliche nächste Rezession herannahet, werden die Gegensätzen der nationalen Kapitalistenklassen in Europa wie weltweit erneut heftig aufbrechen, zu verschärftem internationalen Konkurrenzkampf und Protektionismus führen.

Der Widerstand der britischen Bourgeoisie gegen eine einheitliche Währungs politik und europäische Zentralbank sind Vorbote solcher Auseinandersetzungen. Denn insbesondere die wirtschaftlich schwächeren kapitalistischen Rivalen werden sich gegen eine Beherrschung ihrer Märkte durch deutsches Kapital wehren. Die offeneren Äußerungen des ehemaligen britischen Handelsministers Ridley drücken die Befürchtungen der britischen Bourgeoisie deutlich aus. Er antwortete auf die Frage eines Journalisten, daß Kohl doch wohl Hitler vorzuziehen sei, denn er bombardiere ja nicht britische Städte: "Ich bin nicht sicher, ob ich nicht lieber die Bunker behalte und damit die Chance, sich zu wehren, als einfach von der deutschen Wirtschaft übernommen zu werden."

An der Frage einer europäischen Währungsunion und unabhängigen Zentralbank hängt wesentlich mehr als ein Streit um zweitrangige finanzpolitische Strategien. Hier wird das ganze Dilemma des Widerspruchs zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte, die auf einen internationalen Markt ausgerichtet sind, und den nationalstaatlichen Beschränkungen deutlich.

Das Beispiel der deutsch-deutschen Währungsunion führt drastisch vor Augen, mit welchem Ausmaß an staatlichen Souveränitätsverlusten ein solcher Schritt zwangsläufig einhergeht. Dies wäre - in geringerem Umfang - auch dann der Fall, wenn es sich "nur" um einen Währungsverbund mit festen Wechselkursen handeln würden. In einem solchen europäischen Währungsverbund wäre die DM wegen der ökonomischen Überlegenheit Deutschlands ohnehin die Leitwährung (Auch der jüngste britische Vorschlag zur Einführung des ECU als 13. Währung in der EG würde daran nichts ändern). Eine von Bundesbankpräsident Pöhl geforderte unabhängige europäische Zentralbank mit umfassenden fiskalpolitischen Kompetenzen würde demzufolge eine an der DM ausgerichtete, relativ rigide Geldpolitik betreiben, der sich andere Staaten unterwerfen müßten.

Eine einheitliche europäische Währungs politik setzt aber ähnliche ökonomische Standards in ganz Europa voraus, oder zumindest die Perspektive, dies in absehbarer Zeit zu erreichen. Die ökonomische Kluft zwischen Ländern wie etwa Griechenland oder Portugal einerseits und der BRD andererseits ist dafür viel zu tief. Es gibt große Unterschiede z.B. bei Inflationsraten (Niederlande 2%, Griechenland 18%) oder der Verschuldung der öffentlichen Haushalte, was eine einheitliche Geldpolitik unmöglich macht.

Wie der Vize-Präsident der Bundesbank, Schlesinger, feststellt, war die deutsch-deutsche Währungsunion trotz großen Wirtschaftsgefälles nur deswegen möglich, weil "eine staatliche Vereinigung bevorsteht... Der Staatsvertrag bietet somit sicherlich kein Patentrezept für die Integration zweier Volkswirtschaften. Schrittmäß wie Modalitäten waren nur mit Blick auf die Herstellung der staatlichen Einheit zu rechtfertigen. Die vielzitierten Kosten dieser Vereinigung - und hier meine ich sowohl die finanziellen Belastungen als auch die Aufgabe großer Teile der Souveränität eines eigenständigen Landes - sind in der EG zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu bewältigen". (Rede vor dem CDU-Wirtschaftsrat, 21.6.90)

Die deutschen Konzepte einer gesamteuropäischen Währungsunion werden sich deshalb selbst in Aufschwungszeiten kaum durchsetzen lassen. Möglich ist allenfalls, daß einige Länder, die sich ohnehin fest im Schlepptau der BRD-Wirtschaft befinden oder zeitweise vergleichbare Rahmenbedingungen haben - wie z.B. die BENELUX-Länder und Frankreich - ihre Währungen fester an die DM anbinden, in der Hoffnung, daß andere EG-Staaten sich später diesem Kern eines kleineren Währungsverbundes anschließen. Beim Auseinanderdriften der wirtschaftlichen Bedingungen in Europa - wie es sich momentan tendenziell abzuzeichnen scheint - kann ein solches Vorgehen aber auch die Saat für innereuropäische Währungs- und Zins-"Kriege" legen. Bei abnehmenden Wachstumsraten oder gar Schrumpfung des Marktes wird es besonders unter den größeren europäischen Staaten zu heftigen Konflikten kommen, wobei sich insbesondere Allianzen gegen den BRD-Imperialismus bilden können (z.B. zwischen Britannien, Frankreich, Italien in der einen oder anderen Kombination).

Festzuhalten ist auch, daß die Vereinheitlichung von gesetzlichen Regelungen und Bestimmungen weit hinter dem vorgesehenen Zeitplan herhinkt. Das sog. "Schengener Abkommen" z.B., das eine Vereinheitlichung von polizeilichen und ausländerrechtlichen Bestimmungen vorsieht, mußte einige Monate auf Eis liegen und wurde auch nur von den fünf EG-Staaten unterzeichnet, die - wie bereits erwähnt - eine engere Währungs politik betreiben (BRD, Frankreich, BENELUX). Ein Grund für die Verzögerung lag auch im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß und der Unsicherheit, inwieweit die Bestimmungen auch für das Gebiet der DDR gelten sollten. Dieses Problem wird sich wohl auch bei weiteren Integrationsschritten noch mehrfach stellen und zu Verzögerungen führen.

Der 1.1.1993 als Beginn des europäischen Binnenmarktes wird mehr und mehr zur Fiktion. In wichtigen Fragen wie der Vereinheitlichung von Steuersätzen, was die Haushaltshoheit aller Staaten berührt, ist kein Fortschritt in Sicht. "Man sollte sich freilich nicht der Illusion hingeben, das Binnenmarktprogramm bis Ende 1992 zu vollenden. Zwar ist man auf dem Weg, aber keineswegs ist alles schon gelöst. Um nur ein wichtiges Beispiel zu nennen: Eine Verlagerung der Mehrwertsteuergrenze von den alten Zollgrenzen in die Bitros der Importeure und Exporteure verdient nicht den Namen eines Binnenmarktes, d.h. eines Marktes ohne Grenzen." (Schlesinger ebd.)

Inwieweit der angepeilte EG-Binnenmarkt bisher Wachstumsimpulse in den einzelnen Staaten gebracht und z.B. eine vorrangige Rolle bei Investitionsentscheidungen im letzten Jahr gespielt hat, ist schwer einzuschätzen. Die Vorbereitungen auf den EGB scheinen überwiegend in Aufklüften und Fusionen auf europäischer Ebene bestanden zu haben, was in der Regel keine Erweiterung der Produktion, sondern eher Rationalisierungen und Abbau von Beschäftigung zur Folge hat. Bei einer Umfrage unter westdeutschen Auslandsinvestoren im Juni 90 rangierte das Motiv "EG-Binnenmarkt" an 5. Stelle; 55% gaben an, Marketing und Vertrieb ausbauen zu wollen; nur 1/3 investierte in Westeuropa, um zu produzieren.